

PULSE Women Economic Summit 2025

Nähe ersetzt keine Reformen

Politik und Wirtschaft arbeiten enger zusammen. Doch damit Deutschland wieder wachsen und die europäische Wirtschaft voranbringen kann, braucht es deutlich mehr.

Anna Westkämper Düsseldorf

EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola hat zur Stärkung Europas und der europäischen Wirtschaft von der Politik eine „engere Zusammenarbeit mit Unternehmen“ gefordert. So könne man eine wettbewerbsfähige Wirtschaft fördern und Innovationen ermöglichen, sagte Metsola in einem Grußwort zum dritten „PULSE Women Economic Summit“ der Handelsblatt Media Group.

Mit den Vorschlägen reißt sich Metsola in eine Debatte ein, die auch von Mario Draghi vorangetrieben wird. Ein Jahr nach seinem Bericht zur Krise des europäischen Wirtschaftsmodells hatte der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) kürzlich eine schonungslose Bilanz gezogen: Die industrielle Basis in Europa erodierte, es fehle an Investitionen und die europäischen Regierungen hätten „den Ernst der Lage nicht begriffen“, warnte der Ökonom.

Commerzbank-Chefin Bettina Orloff sieht die von Metsola geforderte Zusammenarbeit auf einem guten Weg. „Ich bin positiv gestimmt“, sagte Orloff bei der anschließenden Paneldiskussion. „Es gab noch nie so viel Nähe zwischen Wirtschaft und Regierung.“ In Arbeitsgruppen versuche man, der Politik konkrete Wege aufzuzeigen, was geändert werden müsse. „Jetzt muss aber auch geliefert werden“, sagte Orloff. Gemeinsam mit Simone Bagel-Trah, Vorsitzende des Aufsichtsrats und Gesellschafterausschusses bei Henkel, und Arndt Kirchhoff, Aufsichtsratsvorsitzender der Kirchhoff-Gruppe, diskutierte Orloff in Düsseldorf, wie Deutschland wieder wachsen kann, um die europäische Wirtschaft voranzubringen.

„Mit der Initiative ‚Made for Germany‘ hat die deutsche Wirtschaft bereits ein klares Signal gesetzt“, betonte Bagel-Trah. Mehr als 60 Unternehmen haben sich zusammengeschlossen und ein gebündeltes Investitionsvolumen von 631 Milliarden Euro in Deutschland angekündigt. „Das ist ein Leuchtturm-Projekt. Teile der Investitionsvorhaben standen vorher schon fest, es ist aber auch ein dreistelliger Milliardenbetrag neu hinzugekommen.“ Henkel habe durch seine Firmengeschichte eine große Verbundenheit zum Standort Düsseldorf, investiere dort jährlich 100 Millionen Euro.

PULSE Women Economic Network

Netzwerk PULSE ist das Wirtschaftsnetzwerk der Handelsblatt Media Group für führende Frauen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Gegründet 2023, zählt es mittlerweile rund 400 Mitglieder. Ziel ist es, die Ideen und Kräfte zu bündeln, um Deutschland wirtschaftlich und politisch zu stärken.

Summit Einmal im Jahr findet der PULSE Women Economic Summit statt, zu dem alle Mitglieder eingeladen sind. Neben dem Hauptprogramm mit Interviews und Paneldiskussionen gibt es Roundtables im kleineren Kreis. 2025 stand der Summit unter dem Motto „Let's strengthen Europe“.



Mat. Brenner für Handelsblatt Media Group

Trotz erster positiver Signale für die deutsche Wirtschaft wie ein steigender Ifo-Geschäftsklimaindex und einer erhöhten Nachfrage nach Baufinanzierungen sei die allgemeine Stimmungslage aktuell aber „eher mäßig“, konstatierte Commerzbank-Chefin Bettina Orloff. Vor der Sommerpause des Bundestages habe es mit dem milliardenschweren Investitionsprogramm in Infrastruktur und Klimaschutz, weil wir viel zu lange gar nicht investiert haben“, sagte sie. „Es muss aber eine Kombination aus Investieren und Sparen sein. Deshalb müssen wir unsere Sozialsysteme angehen, die wir uns in der Form nicht mehr leisten können.“

Erst wenn das Investitionsprogramm in Infrastruktur und Klimaschutz mit Struktur-reformen verbunden werde, könne es das Wirtschaftswachstum ankurbeln, erklärte Bettina Orloff. „Ich bin ein Fan vom Investitionsprogramm, weil wir viel zu lange gar nicht investiert haben“, sagte sie. „Es muss aber eine Kombination aus Investieren und Sparen sein. Deshalb müssen wir unsere Sozialsysteme angehen, die wir uns in der Form nicht mehr leisten können.“

Arndt Kirchhoff sieht dafür vor allem zwei Stellschrauben. „Wir sind sowohl durch die Energie- als auch durch die Lohnnebenkosten international nicht mehr wettbewerbsfähig“, sagte er. Hinzu kämen eine überbordende Regulierung und Bürokratie. „Die Politik sollte wieder mehr Vertrauen in ihre Unternehmer haben“, sagte Kirchhoff.

Auch bei Henkel wolle man weniger Zeit mit Berichtspflichten verbringen, sondern mehr in Forschung und Technologie investie-

ren, sagte Simone Bagel-Trah. Zudem sieht sie den Industriestrukturpreis als Brücke auf dem Weg in Richtung Nachhaltigkeit.“

Erst wenn das Investitionsprogramm in Infrastruktur und Klimaschutz mit Struktur-reformen verbunden werde, könne es das Wirtschaftswachstum ankurbeln, erklärte Bettina Orloff. „Ich bin ein Fan vom Investitionsprogramm, weil wir viel zu lange gar nicht investiert haben“, sagte sie. „Es muss aber eine Kombination aus Investieren und Sparen sein. Deshalb müssen wir unsere Sozialsysteme angehen, die wir uns in der Form nicht mehr leisten können.“

Erstmal wieder Kapitalzuflüsse aus dem Ausland

Orloff erwartet, dass die Kreditnachfrage durch das Investitionsprogramm erst 2026 spürbar angekurbelt wird. Aus dem öffentlichen Sektor sehe man bereits eine gestiegene Nachfrage. Besonders der Mittelstand, der nicht zu den direkten Empfängern des Milliardenprogramms zähle, wolle aber erst Reformen sehen, bevor sich die Unternehmen an Investitionen heranwagen. International werde Deutschland durch das Investitions-

Handelsblatt-Vizechefredakteurin Kirsten Ludwig (v.l.) mit Henkel-Aufsichtsratschefin Simone Bagel-Trah, Arndt Kirchhoff, Aufsichtsratschef der Kirchhoff-Gruppe, und Commerzbank-CEO Bettina Orloff: Deutschland und Europa stärken.

programm aber wieder attraktiver, sagte Orloff. „Wir sehen erstmals wieder Kapitalzuflüsse aus dem Ausland. Diese Chance dürfen wir nicht verspielen.“

Arndt Kirchhoff lobte, dass Bundeskanzler Friedrich Merz „wieder gute Gesprächskanäle gelegt hat, sodass wir in der Welt wieder stattfinden“. Jetzt müsse die Sachpolitik folgen. „Europa hat große Möglichkeiten am Binnenmarkt. Wenn wir unseren Handel vernünftig organisieren, kann Donald Trump nicht mehr machen, was er will“, sagte Kirchhoff. Simone Bagel-Trah forderte in dem Zusammenhang auch eine Aufbruchstimmung aus der Wirtschaft heraus. „Wir wollen in Europa unsere Demokratie verteidigen“, sagte sie. „Wir haben so viele Werte, für die es sich zu kämpfen lohnt. Davon müssen wir erzählen, um eine Aufbruchstimmung zu erzeugen.“

Katherina Reiche

„Die Fakten sprechen eine klare Sprache“

Die Wirtschaftsministerin spricht über die Belastungen von Firmen, den „enormen Druck“, der auf dem Rentensystem lastet, und Investitionen in Wachstumsfelder wie KI und Robotik.

Frau Reiche, Sie waren auf Ihrer Sommerreise bei verschiedenen Unternehmen im Land zu Besuch. Wie war dort die Stimmung? Ich bin auf Unternehmer und Mitarbeitende getroffen, die mit unglaublich viel Einsatz, Optimismus, Kreativität und Entschlossenheit dafür arbeiten, dass ihre Unternehmen und unser Land Erfolg haben. Vom großen börsennotierten Unternehmen über die Familienunternehmen, den Mittelstand und das Handwerk – alle machen sich Gedanken über die Zukunft des Standorts Deutschland, an den sie glauben und dem sie eng verbunden sind. Sie schätzen die Vorzüge unseres Landes, aber stehen auch unter großem wirtschaftlichen Druck.

Was verursacht den Druck?

Hohe Sozialabgaben, hohe Steuern, hohe Energiepreise und große bürokratische Hemmnisse belasten die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Hinzu kommen der Zollkonflikt mit den USA und die Unsicherheiten bei der Versorgung mit kritischen Rohstoffen, insbesondere aus China. Der technologische Wandel in Bezug auf KI wird alle wirtschaftlichen Prozesse erfassen und dramatisch verändern. Und nicht nur diese. KI verändert unsere Art zu leben, zu kommunizieren, zu arbeiten. Deshalb müssen wir schnell wieder wettbewerbsfähig werden.

Aber die Wirtschaftswende lässt auf sich warten.

Auf Bundesregierung haben wir in den ersten 100 Tagen einiges auf dem Weg gebracht. Wir senken die Steuern für Unternehmen. Bürger und Unternehmen werden bei den Energiekosten entlastet. Das ist ein guter Anfang, aber das reicht nicht. Wir brauchen weitere mutige strukturelle Reformen, damit Deutschland wieder wettbewerbsfähig wird.

Sie haben bereits nach Ihrem Amtsantritt gesagt, dass es ent-



Mat. Brenner für Handelsblatt Media Group

Wirtschaftsministerin Reiche: „Zusätzliche Lebenserwartung nutzen.“

schlossene Reformen braucht – und öffentlich gefordert, dass wir in Deutschland mehr und länger arbeiten müssten. Dafür haben Sie viel Kritik einstecken müssen – auch aus der eigenen Partei, Bundeskanzler Friedrich Merz hielt sich bedeckt. Wie einsam fühlen Sie sich? Ich nehme in der Bevölkerung und in der Politik viel Verständnis und eine große Bereitschaft wahr, gemeinsam daran zu arbeiten, dass Deutschland wieder auf Wachstumskurs kommt – ein Ziel, das wir nur gemeinsam erreichen können. Ein wichtiger Baustein dafür ist, dass wir die Finanzierung der gesetzlichen Rente nachhaltig sichern. Die Fakten sprechen hier eine klare Sprache.

Die da wären?

In wenigen Jahren stehen einem Rentner nur noch zwei Menschen im erwerbsfähigen Alter gegenüber. Im Jahr 1995 waren es noch vier, also doppelt so viele. Und nicht alle, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen könnten, nehmen am Erwerbsleben teil. Das umlagefinanzierte Rentensystem steht daher unter enormem Druck. Aus meiner Sicht sollten wir die zusätzliche Lebenserwartung nutzen. Hierfür müssen wir zunächst die Prävention und die Gesundheitsvorsorge stärken. Die

im Koalitionsvertrag vereinbarte Aktivrente setzt Anreize, freiwillig länger zu arbeiten. Und die kommt jetzt auch. Schließlich müssen wir die kapitalgedeckte Altersvorsorge stärken, die in Deutschland unterentwickelt ist. Es gibt also viele Hebel, die Beitragslast zu senken – wir müssen sie nur klug nutzen.

Aber die Bundesregierung will jetzt erst einmal mehr Geld für die Rente ausgeben, Stichwort Mütterrente. Wie ernst ist es der Koalition mit Reformen?

Unser Potenzialwachstum ist gering, und die Spielräume im Koalitionsvertrag sind begrenzt. Wir müssen daher zurück zu Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum kommen. Ein Beispiel: Die Teilzeitquote ist in Deutschland im internationalen Vergleich besonders hoch, die durchschnittliche Wochenarbeitszeit beträgt 34 Stunden. Im OECD-Vergleich liegt Deutschland damit weit hinten. Hier lohnt es sich, gemeinsam über Anreize und Rahmenbedingungen nachzudenken, die eine höhere Arbeitszeit ermöglichen. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit haben wir bereits vereinbart.

Und was soll noch kommen? Gleichzeitig müssen wir auch andere zentrale Themen entschlossen angehen – etwa die steuerliche Belastung, die hohen Energiepreise und die Investitionen in Wachstumsfelder wie Hightech, Künstliche Intelligenz, Biotechnologie und Robotik. Die USA zeigen, welches wirtschaftliche Potenzial in diesen Zukunftssektoren steckt. Wenn wir unsere Stärken gezielt ausbauen, können auch wir diese Chancen besser nutzen – für mehr Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Wohlstand.

Frau Reiche, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Kirsten Ludwig.



Handelsblatt-Ressortleiterin Nicole Bastian (v.l.) mit den Chefredaktionsmitgliedern Leonie Seifert (Die Zeit), Charlotte Morre (Handelsblatt), Maja Brankovic (Wirtschaftswoche) und Laura Himmelreich (Tagesspiegel): Blick auf die Schlagzeilen des Tages.



Dorothea von Boxberg (l.), CEO von Brussels Airlines, und Simone Bagel-Trah, Aufsichtsratsvorsitzende von Henkel: Aufbruchstimmung erzeugen.



EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola: Appell an Politik und Unternehmen, Europa.



Teilnehmerinnen im Aufzug: In zwölf Roundtables wurde über Themen von KI bis Klimaschutz diskutiert.



PULSE-Chefin Nadine Schmidt: Rund 400 Mitglieder zählt das Netzwerk für führende Frauen in Wirtschaft und Politik.



Andrea Wasmuth (l.), CEO der Handelsblatt Media Group, und Handelsblatt-Vizechefredakteurin Kirsten Ludwig: Eröffnung des PULSE Summit.

Mat. Brenner für Handelsblatt Media Group (8)



Die ukrainische Menschenrechtlerin Oleksandra Matwijtschuk: „Gemeinsam haben wir die Macht, Putin zu stoppen.“

„Wir leben in völliger Unsicherheit“

Die Friedensnobelpreisträgerin appelliert an westliche Staaten, ukrainische Frauen und Kinder zu retten – und übt dabei auch Kritik.

Oleksandra Matwijtschuk

Frau Matwijtschuk, seit über drei Jahren greift Russland die Ukraine an. Sie leben noch immer in Kiew. Wie geht es Ihnen?

Alles, was wir als normales Leben bezeichnen, wurde bereits zerstört. Die Möglichkeit, Freunde im Café zu treffen, die Liebsten zu umarmen, mit der Familie zu Abend zu essen – all das ist in Hunderte von Stücken zerbrochen. Wir leben in völliger Unsicherheit. Es ist uns unmöglich, den Tag zu planen, geschweige denn die kommenden Stunden.

Was hilft Ihnen im Alltag? Woran halten Sie fest?

Seit Jahren setze ich mich mithilfe des Rechts für Menschen ein. Aber jetzt befinde ich mich in einer Situation, in der es kein Recht mehr gibt. Mittlerweile weiß ich: Wenn man sich nicht auf Gesetze oder das internationale System verlassen kann, kann man

trotzdem immer auf die Menschen zählen. Gewöhnliche Menschen haben einen viel größeren Einfluss, als sie es sich selbst vorstellen können.

Auf internationaler Ebene ist die Lage anders. Die Unterstützung der USA für Ihr Land nimmt ab, was auch andere Staaten in Osteuropa besorgt. Polen musste kürzlich Drohnen im eigenen Luftraum abschießen.

Ich möchte keine schlechten Nachrichten verbreiten, aber ich muss ehrlich sein. Wladimir Putin hat diesen groß angelegten Krieg nicht begonnen, weil er ein Stück ukrainisches Land besetzen will. Sondern, weil er die gesamte Ukraine besetzen und zerstören und dann weiter vorrücken will. Er sieht die Ukraine als Brücke nach Europa.

Sind die EU und die Nato auf ein solches Szenario ausreichend vorbereitet?

Russland hat immer schon proaktiv gehandelt. Russland hat in Tschetschenien, Moldau, Georgien, Mali, Libyen, Syrien und anderen Ländern Schreckliches angerichtet. Die internationale Gemeinschaft hat immer nur reagiert. Und deshalb stecken wir in solchen Schwierigkeiten. Wenn man immer nur reagiert, fehlt die eigene Strategie. Man spielt nach Putins Spielregeln.

Welche Optionen hat Europa also noch?

Es gibt ein russisches Sprichwort: „Der Appetit kommt beim Essen.“ Als Russland vor elf Jahren die Krim und Teile der Ostukraine besetzte, war die Reaktion der internationalen Gemeinschaft so schwach, dass Putin zu glauben begann, er könne tun, was er wolle. Wir halten Diktaturen nicht auf, indem wir ihnen den roten Teppich ausrollen.

Sondern?

Wir müssen Stärke zeigen und uns zu unseren Werten bekennen. Europa muss die Initiative ergreifen, das kann immer noch gelingen. Gemeinsam haben wir die Macht, Putin zu stoppen – und nicht nur dazu zu bringen, seine Ziele auf später zu verschieben.

Welche Rolle spielt dabei die Industrie? Europa weitet die militärische Produktion wieder massiv aus.

Leider steht Deutschland immer noch ganz oben auf der Liste der Länder, deren Unternehmen weiterhin Handel

mit Russland betreiben – was lächerlich ist. Einerseits verhängt man Sanktionen, andererseits macht man wie gewohnt Geschäfte. Meine Heimatstadt wird ständig von russischen Raketen, iranischen Drohnen und nordkoreanischen Raketen beschossen. Russland kann diese Drohnen produzieren und diese Raketen kaufen, weil es immer noch Geld hat. 40 Prozent des russischen Haushalts fließen in Militärausgaben. Wenn man weiter mit Russland handelt, investiert man in diese Wirtschaft, die diesen blutigen Krieg nährt.

Und wenn sich das nicht ändert?

Ein Beispiel: In den besetzten Gebieten der Ukraine leben 1,6 Millionen ukrainische Kinder. Sie werden schon im Kindergarten stark militarisiert. In Sport- und Bildungscamps müssen sie marschieren, Militäruniformen tragen, den Umgang mit Waffen lernen. Mit 14 erhalten sie einen russischen Pass. Mit 18 werden sie zwangsweise in die russische Armee eingezogen – und es ist naiv zu glauben, dass Russland eine neue Generation von Putin-Soldaten nur für den Krieg gegen die Ukraine ausbildet. Diese Kinder werden in jedes Land geschickt, in dem Russland ihnen befiehlt zu kämpfen – und zu sterben.

Ihre Bürgerrechtsorganisation schätzt, dass in den letzten Jahren Zehntausende Kinder aus der Ukraine entführt und illegal nach Russland gebracht wurden.

So ist es. Wenn russische Familien ukrainische Kinder adoptieren, dann oft, weil sie Geld brauchen, das der russische Staat für ukrainische Kinder bereitstellt. Sie landen in Familien, die sich nicht um sie kümmern, sie nicht lieben, ohne Schutz vor körperlicher Gewalt und sexuellem Missbrauch. Aber selbst einige dieser Kinder, die unter Besatzung leben oder deportiert wurden, haben die Kraft, für ihre Freiheit und Menschenwürde einzustehen. Wir müssen sie retten, denn Kindheit hat ein Verfallsdatum.

Der Krieg lässt viele Familien außerdem ohne Väter zurück. Auch in den Unternehmen fehlen die Männer, die an die Front müssen. Das verändert die Rolle der Frauen. Bis über das Kriegsende hinaus?

Genau das ist es, wofür wir kämpfen: In Demokratien können Frauen jede Rolle einnehmen, die sie in Familie und Gesellschaft übernehmen wollen. In

Autokratien spielen sie nur eine Nebenrolle. In Russland wurde sogar häusliche Gewalt entkriminalisiert. Deshalb kämpfen wir ukrainischen Frauen in diesem Krieg für unsere Töchter. Wir wollen, dass sie niemals beweisen müssen, dass auch sie Menschen sind. Aber wir brauchen Hilfe.

Und braucht nicht auch die Westen die Ukraine? Dort gelangen trotz des Krieges beachtliche Fortschritte, auch bei Entwicklungen von Frauen für Frauen, etwa bei militärischer Schutzkleidung. Und nach dem Drohnenangriff auf Polen hilft nun die Ukraine, die dortige Flugabwehr zu verbessern. Nehmen wir mal Sicherheit als Ganzes: Die haben Menschen in den europäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg von ihren Großeltern geerbt. Sie sind zu Konsumenten dieser Werte geworden. Dabei sind diese Dinge sehr fragil. Was können wir also von der ukrainischen Gesellschaft lernen? Man muss entschlossen handeln, um seine Freiheit und Sicherheit zu schützen.

Gibt es noch immer Momente, die Sie überwältigen?

Ich habe Hunderte Menschen interviewt, die die russische Gefangenschaft überlebt haben. Eine Frau erzählte mir, wie ihr mit einem Löffel das Augenweiß herausgekratzt wurde. Mich überrascht also wenig. Aber als ich einmal einen ukrainischen Professor für Philosophie, Ihor Kozlovskiy, interviewte, erzählte er mir, wie er in einer winzigen Zelle in Einzelhaft gehalten wurde. Den Ratten, die dort aus der Abwasseröffnung krochen, hielt er Philosophie-Vorlesungen, um eine menschliche Stimme zu hören.

Konnte er aus dieser furchtbaren Erfahrung irgendetwas Positives ziehen?

Er sagte mir, dass seine Erfahrungen für ihn kein Grund seien, sich als Opfer zu sehen, weil die Grundlage unserer Existenz Würde sei. Und Würde ist Handeln. Das bedeutet, sich für alles, was geschieht, verantwortlich zu fühlen – und Verantwortung zu übernehmen, um es zu stoppen. Wir sind keine Geiseln der Umstände. Wir sind Teil dieses historischen Prozesses.

Frau Matwijtschuk, vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Mareike Müller.

Rüstung Ruf nach europäischer Abschreckung

Personalmangel, lückenhafte Drohnenabwehr, ineffiziente Beschaffung: Wie schnell kann Europa sich selbst wieder verteidigen?

Benjamin Ansari Düsseldorf

Russische Drohnen dringen in den polnischen Luftraum ein. EU-Verteidigungskommissar Andrius Kubišius fordert die Errichtung einer „Drohnenmauer“ entlang der EU-Ostflanke. Die sicherheitspolitische Lage in Europa ist dringlicher denn je. Doch wie schnell kann Europa wirklich verteidigungsfähig werden – und was braucht es dafür?

Darüber diskutierten beim dritten „PULSE Women Economic Summit“ in Düsseldorf Helga Schmid, Diplomatin und Vizepräsidentin der Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz, Susanne Wiegand, Multi-Aufsichtsrätin und Ex-Chefin beim Rüstungszulieferer Renk, und Markus Fasse, Chefredakteur Rüstung beim Handelsblatt.

„Wir sind schon seit Jahren im hybriden Krieg mit Russland“, mahnte Wiegand in der Paneldiskussion. „Einen Zustand tiefen Friedens gibt es nicht mehr.“ Cyberangriffe, Drohnenvorstöße, Militärmanöver: All das seien bewusste Grenzverletzungen, um die EU zu testen. Bis 2029 wolle Verteidigungsminister Boris Pistorius Deutschland daher kriegstüchtig machen – doch diesen politischen Termin teile sie nicht, sagte Wiegand. „Putin wird nicht warten, bis wir verteidigungsfähig sind.“ Um ihn zu bremsen, brauche es schneller eine glaubwürdige und wirksame Abschreckungsfähigkeit. Vor allem bei der Drohnenabwehr sieht Wiegand großen Nachholbedarf.

Die Luftverteidigung der Nato gerade an der Ostflanke sei eine zentrale Lücke, sagte Fasse. Handelsblatt-Chefredakteur Fasse: Hier müsse Europa zwingend mehr tun. „Uns läuft die Zeit davon. Die nächste Provokation im Baltikum wird auch unser Problem sein.“ Zudem brauche es mehr Soldaten und Reservisten. Fasse sagte: Der Führungs- und Verwaltungsapparat der Bundeswehr ist groß, aber die Mannstärke der Kampftruppen viel zu gering. „Dazu gebe es massive Lücken bei Nachrichtengewinnung und Aufklärung.“ „Dort sind wir sehr abhängig von den USA.“

Diplomatin Schmid fordert daher eine stärkere europäische Zusammenarbeit: Der Aufbau einer Euro-Drohne sowie gemeinsame Beschaffung seien unerlässlich. Wegen der Vielzahl verschiedener Panzer- und Waffensysteme in Europa seien Beschaffungsprozesse oft schwerfällig. „Europa gibt kollektiv fast so viel für Verteidigung aus wie die USA – für einen Output von lediglich 15 Prozent

davon.“ Diese Zersplitterung mache die gemeinsame Verteidigung teuer und ineffizient – während die USA mit deutlich weniger Systemen wesentlich schlagkräftiger seien. Es brauche also einen tiefgreifenden „Bewusstseinswandel“, der Verteidigung nicht mehr als nationale Aufgabe ansieht, sondern als Gemeinschaftsprojekt. Zudem müsse gerade Deutschland Sicherheit breiter verstehen. „Nicht nur die militärische, auch die innere Sicherheit stärken“, sagte Schmid. Noch immer seien Zivil- und Katastrophenschutz hierzulande getrennt. Der Zivilschutz obliegt dem Bund, während die Länder den Katastrophenschutz verantworten. Es brauche jedoch mehr gemeinsame Strategie, innerhalb Deutschlands und Europas.

Mit hybriden Attacken und massiven Desinformationskampagnen wolle Kriechchef Wladimir Putin das Vertrauen in demokratische Institutionen schwächen. Daher seien noch viel mehr Medienkompetenz, Medienschutz und Medienfreiheit nötig, mahnte die Diplomatin. Gerade in Zeiten der KI sei das eine der wesentlichen Aufgaben für eine resiliente und wehrfähige Gesellschaft. Die Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland 2011 sei ein großer Fehler gewesen, da waren sich alle Panel-Teilnehmer einig. „Die Bundeswehr verschwand so aus der Mitte der Gesellschaft“, sagte Wiegand. Sie selbst sei lange Gegnerin einer Pflicht gewesen, habe ihre Meinung in Anbetracht der Bedrohungslage aber geändert.

Als Vorbild nennen alle drei Finnland. „Die Finnen treiben Resilienz sehr weit“, sagte Fasse. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine sei das Land schnell der Nato beigetreten und habe Turnhallen, Parkhäuser und Schwimmbäder zu Schutzräumen umfunktioniert. „Heute finden etwa 85 Prozent der Bevölkerung in den knapp 55.000 Bunkern im Land Schutz. In Deutschland dagegen fehle es oft an diesem Tempo.“ Die Bundeswehr ist nicht besser aufgestellt als vor drei Jahren, sagte Wiegand. Auch müssten die Prozesse in der Rüstungsindustrie viel schneller werden. Doch damit die Branche skalieren kann, brauche sie Planungssicherheit.

Pro Jahr wächst die Rüstungsindustrie laut Bain-Partnerin Christina Ellringmann, die im November Deutschlandchef der Strategieberatung wird, um sechs bis sieben Prozent. Immer mehr Investoren, die Rüstung lange mieden, entdeckten das Thema neu. Es ist eine Zeitenwende auch für die Industrie.



Teilnehmerinnen bei der Abstimmung: Immer wieder wurde das Publikum nach seiner Einschätzung gefragt.



Handelsblatt-Teamchefin Larissa Holzki (v. l.) mit Multi-Aufsichtsrätin Susanne Wiegand und Handelsblatt-Chefredakteur Markus Fasse: Europas Sicherheit ist bedroht.



Handelsblatt-Ressortleiterin Nicole Bastian: Sie moderierte den PULSE Summit mit rund 350 Teilnehmerinnen.



Roundtable zum Thema Nachhaltigkeit: Wie kann nachhaltiges Wirtschaften mit unternehmerischer Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit vereinigt werden?



Handelsblatt-Chefredakteur Sebastian Matthes (l.) und Dale Rickert, Geschäftsführer von TECH bei Handelsblatt: Musikalische Untermalung.



Bain-Partnerin Christina Ellringmann: Rüstungsindustrie als Katalysator für neue Technologien.

Max Brunsen für Handelsblatt Media Group (8)